



Stadt Kamen

Niederschrift

MuV

über die
1. Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses
am Mittwoch, dem 28.02.2024
im Stadthalle

Beginn: 19:20 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Herr Joachim Eckardt
Herr Jan Isert
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Michael Bierhoff
Herr Kim Christopher Bock
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Heinrich Kissing
Herr Martin Wilhelm
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Stefan Rath

WG Kamen

Herr Martin Seidlitz

fraktionslos

Herr Timon Lütschen

Sachverständige gem. Beschluss des Mobilitäts- Verkehrsausschusses

Herr Dieter Brinkmann
Herr Marc Westerhoff

FDP

Herr Luca Wittky

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Frau Sylwia Bugiel-Lake
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Hanna Schulze

Entschuldigt fehlten

Frau Ramona Bornemann
Herr Peter Holtmann
Herr Dirk Preker
Herr Dr. Oliver Romeo
Frau Anke Schneider
Herr Lucas Sklorz

Die Sitzung fand im Anschluss der gemeinsamen Sitzung des PuS, UKA und MuV statt.

Der Vorsitzende Herr **Kasperidus** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen an der Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Geplante Straßenbaumaßnahmen 2024	
3	Tempo 30 auf Kamener Straßen hier: Antrag der SPD-Fraktion	
4	Rotmarkierung von Kreuzungen, Querungen und viel befahrenen Ausfahrten hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
5	Einbindung der politischen Gremien im Rahmen des vom Kreis Unna aufzustellenden Nahverkehrsplans hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
6	Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines Konzepts für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Zu TOP 2.

Geplante Straßenbaumaßnahmen 2024

Frau **Bugiel-Lake** stellte anhand der beigefügten Präsentation die geplanten und bereits laufenden Straßenbaumaßnahmen sowie – soweit bereits bekannt – die Verkehrsführung während der Baumaßnahmen vor.

Auf die Frage von Herrn **Fuhrmann**, ob im Zuge der Baumaßnahme „Robert-Koch-Straße“ eine Veränderung des Kreuzungsbereiches Einsteinstraße/ Lortzingstraße vorgenommen wird, teilte Herr Dr. **Liedtke** mit, dass sich eine große Mehrheit des Rates einen Kreisverkehr wünscht und Gespräche mit der Landesbauverwaltung und dem Kreis Unna stattfinden, aber noch kein Ergebnis vorliegt.

Herr **Eckhard** fragte nach, ob der Umbau der Kreuzung nicht mit der Kanalbaumaßnahme zusammen stattfindet.

Darauf erwiderte Herr Dr. **Liedtke**, dass der anschließende Straßenausbau nicht bis in den Kreuzungsbereich reicht und dafür auch ein erheblich größerer planerischer Aufwand von Nöten ist.

Herr **Madeja** erkundigte sich, wie an die Radfahrer gedacht wurde, sollte es zu einer neuen Aufteilung der Fahrbahn kommen.

Herr **Breuer** antwortete darauf, dass der Kreis Unna in seinem Radverkehrskonzept eine Radverkehrsanlage empfiehlt, diese aber im Rahmen der Baumaßnahme nicht umgesetzt wird.

Zu TOP 3.

Tempo 30 auf Kamener Straßen
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Aschhoff** stellte den Antrag der SPD vor, nach dem die Verwaltung eine Aufstellung aller Straßen erstellen soll, um zu prüfen, auf welchen Straßen es noch Sinn ergeben könnte, Tempo 30 auszuweisen.

Herr **Fuhrmann** verwies auf die Ausführungen zum Lärmschutzaktionsplan des Herrn Richter und sieht den Antrag in erster Linie als Prüfauftrag und unterstützt diesen, mit dem Hinweis, dass die Verwaltung das Endergebnis vorstellen soll, ohne eigenmächtig Tatsachen zu schaffen.

Herr **Kasperidus** sieht den Antrag ebenfalls als Prüfauftrag.

Herr **Aschhoff** verwies ebenso auf die Ausführungen von Herrn Richter und betonte, dass in erster Linie damit eine Arbeitsgrundlage geschaffen werden soll. Jede Straße müsse für sich betrachtet werden.

Herr **Kissing** wies darauf hin, dass nicht damit gemeint ist pauschal alle Straße auf Tempo 30 zu reduzieren. Er plädierte auf Einzelfallprüfung der einzelnen Straßen und verwies auch auf die Ausführungen des Herrn Richter.

Aus Verwaltungssicht könne man mit dem Beschlussvorschlag gut leben, erklärte Herr Dr. **Liedtke**.

Herr **Kasperidus** bittet um Abstimmung des Antrages durch Handzeichen.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Kamen erstellt eine Übersicht über alle Straßen, die im Gebiet der Stadt Kamen mit Tempo 30 und geringer ausgewiesen sind und macht damit deutlich, wo möglicherweise Lücken des Lärmschutzes in dicht besiedelten Wohngebieten sind. Diese Übersicht soll in Folge politische Handlungsoptionen für die Frage bieten, wo weitere Anordnungen für Tempo 30 sinnvoll sein können. An solchen Stellen soll zukünftig die Möglichkeit geprüft werden, ob die neuen gesetzlichen Grundlagen, die der Bundestag und der Bundesrat im Rahmen der neuen Straßenverkehrsordnung (STVO) für das Jahr 2024 beschließen will, neue Möglichkeiten bietet, für Straßen generell Tempo 30 anzuordnen. Auch unter den aktuell gültigen Regelungen kann es sinnvoll sein, für Straßen einheitliche Regelungen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Rotmarkierung von Kreuzungen, Querungen und viel befahrenen Ausfahrten

hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Herr **Madeja** erläuterte den Prüfantrag für Rotmarkierungen von Kreuzungen, Querungen und viel befahrenen Ausfahrten.

Herr **Aschhoff** begrüßte den Antrag und erklärte die Zustimmung der Fraktion.

Herr **Fuhrmann** unterstützte den Vorschlag ebenso und bestätigte die Zustimmung der CDU Fraktion, es bleibe einzig die Sorge, dass die Rotmarkierung eine dauerhafte Vorfahrt suggeriere.

Herr **Kissing** betonte, schon mehrfach auf das Thema Markierungen im Stadtgebiet aufmerksam gemacht zu haben. Es sei aber immer auf fehlendes Geld hinausgelaufen, da eine Markierung nicht billig ist und auch die Nachhaltigkeit nicht gegeben sei. Er möchte daher vorher auch die Einschätzung der Verwaltung zu dem Thema hören.

Auf Nachfrage antwortete Herr Dr. **Liedtke**, dass seitens der Verwaltung keine Bedenken bestehen, da es sich um einen Prüfauftrag handelt. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden diese im Ausschuss besprochen.

Herr **Kasperidus** stellte nochmals klar, dass in dem Prüfauftrag auch ungünstige Situationen seitens der Verwaltung thematisiert werden und es den Expertenrat abzuwarten gilt. Im Anschluss bittet er um die Abstimmung des Antrages durch Handzeichen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Radwegeführung mit farbigen Markierungen und Piktogrammen an den Kreuzungen, Querungen und viel befahrenen Ausfahrten entlang des konzeptionierten Radverkehrsnetzes laut Nahmobilitätskonzept zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Einbindung der politischen Gremien im Rahmen des vom Kreis Unna aufzustellenden Nahverkehrsplans

hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Herr **Rath** stellte den Antrag der Fraktion Bündnis 09/ Die Grünen vor, in dem es um die Frage der Beteiligung der Stadt Kamen am Nahverkehrsplan des Kreis Unnas geht.

Herr Dr. **Liedtke** antwortete, dass die Zuständigkeit beim Kreis Unna liegt und inhaltlich noch nichts bekannt ist, da das formelle Verfahren noch nicht begonnen hat. Weiter erläuterte er den zeitlichen Ablauf. Am 19.03.2024 wird der Kreistag einen Beschluss dazu fassen. Danach findet am

09.04.2024 eine Auftaktveranstaltung statt, in der alle Kommunen umfassend darüber informiert werden. Für Anfang Juni 2024 will der Kreistag einen Beschluss zur Einleitung des formellen Beteiligungsverfahrens fassen und im September sollen die Anregungen der Kommunen eingearbeitet werden. Im Dezember 2024 soll der Nahverkehrsplan dann beschlossen werden.

Zu TOP 6.

Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines Konzepts für den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektroautos
hier: Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Herr **Rath** definierte die Anfrage der Fraktion und bat um neue Informationen zu dem aktuellen Sachstand.

Herr **Kissing** bekräftigte die Aussage, dass die Stadtwerke keine Ladeinfrastruktur aufbauen dürfen und war verwundert darüber, warum immer die Frage nach den Stadtwerken bzw. den Städten kommt. Diese seien dabei außen vor. Herr **Kissing** sah eher die Automobilindustrie und Gesellschaften, die sich damit gewerblich befassen, in der Pflicht.

Herr **Rath** erinnerte daran, dass schon ein Beschluss zur Erarbeitung eines Konzeptes gefasst wurde, dem auch die CDU zugestimmt hat.

Herr **Aschoff** bestätigte die Aussage von Herrn Rath und betonte, man müsse das Konzept überarbeiten und jemand anderes suchen, der es umsetzen kann. Es gebe nicht nur die heimischen Stadtwerke.

Herr **Breuer** ergänzte, dass das Konzept zusammen mit den Stadtwerken erarbeitet wurde und auf Standorte abzielt, die für einen gewerblichen Anbieter nicht attraktiv genug sind. Es gibt aktuell keinen Anbieter, der Interesse zeigt, abseits der stark frequentierten Punkte tätig zu werden.

Herr **Rath** merkte an, dass die Stadtwerke generell ausgeschlossen sind, was aber noch zu prüfen ist und wiederholte die Aussage von Herrn Breuer mit der Frage, ob das Konzept richtig verstanden wurde.

Herr Dr. **Liedtke** antwortete dazu, man befindet sich noch in einer Übergangsfrist bis Ende 2024. Es gibt keine Bewerber und man kann es nicht selber ausführen.

Es sind nur die örtlichen Stadtwerke ausgeschlossen, merkte Herr **Aschoff** an und verwies auf die Aussage von Herrn Baudrexl im Umweltausschuss, dass Ladesäulen eher dort aufgestellt werden sollen, wo keine private Ladung möglich ist, wie z. B. auch an Mehrfamilienhäusern.

Herr **Rath** fragte nochmals nach, ob es keine anderen Optionen gibt.

Herr **Breuer** wiederholte seine Aussage. Die Stadt kann selber keine Ladesäulen bauen und es gibt derzeit keinen Anbieter, der tätig werden will. Die Vermieter sind auch in einer Verantwortung.

Herr **Kasperidus** merkte zum Schluss an, dass die GSW wollten, aber nicht durften. Man muss nun schauen, wie es weitergeht.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

Herr **Madeja** äußerte sich zur Verkehrsführung der Radfahrer in der Bergkamener Straße. Diese sei nicht jedem bewusst und er wünschte sich eine Prüfung der Situation.

Herr **Fuhrmann** bemängelte den Gehweg am Bahnhof auf Höhe des Polizeigebäudes. Das falsche Gefälle führt zu einer Pfützenbildung. Ebenso bemängelte er, dass in der Kampfstraße am Ärztehaus ein Tempo von 10 km/h eingerichtet wurde, an welches sich niemand hält. Um Fußgänger dort besser queren zu lassen, soll geprüft werden, ob nicht eine Rotmarkierung zur besseren Übersicht aufgebracht werden kann. Die vor dem Ärztehaus parkenden PKW schränken die Sicht zusätzlich ein. Dort müsse auch eine Regelung getroffen werden.

Herr Dr. **Liedtke** sagte eine Überprüfung zu.

Herr **Aschhoff** erkundigte sich nach dem aktuellen Stand des Ausbaues der Dortmunder Allee.

Herr **Breuer** erklärte, dass es nach dem Sommer los gehen soll. Hierbei stehen noch Detailabstimmungen mit Straßen-NRW und einige Verwaltungsprozesse an, sodass der Baubeginn vorrausichtlich noch in diesem Jahr starten kann.

Herr **Madeja** fragte, ob und wo Elternbringverkehre eingedämmt werden können, so wie es das Landesverkehrsministerium ermöglicht hat.

Frau **Bugiel-Lake** antwortete, dass Ihr die Regelungen bekannt sind und auch geprüft wird, wo man eine Straße sperren kann. Es sei aber nicht nur damit getan, die Schilder aufzustellen, sondern es müsste aktiv gesperrt werden.

Herr **Eckhardt** meinte, man soll zu dem Thema Kontakt mit den Schulen über den Schulausschuss aufnehmen.

Herr **Madeja** wies auf ein Pilotprojekt in Essen hin, in welchem man mit den Eltern die Straße zusammen abgesperrt hat.

Herr **Kissing** fragte nach einem neuen Stand zur Sanierung der Hochstraße.

Die Landesbauverwaltung sieht eine Sanierung der Fahrbahn in den nächsten ein bis zwei Jahren, antwortete Herr Dr. **Liedtke**. Es gibt aber noch keinen konkreten Zeitplan.

Herr **Westerhoff** sagte zu dem Thema der Elternbringverkehre, dass die Polizei die Schulen beteiligt hat und nunmehr die Stellungnahmen abzuwarten bleiben.

Herr **Kasperidus** fragte an, ob bekannt ist, dass auf der Massener Straße unebene Stellen vorhanden sind und ob diese beseitigt werden sollen.

Frau **Schulze** antwortete darauf, dass das Thema bekannt ist und der Straßenbaulastträger immer wieder darauf hingewiesen wird.

Eine Kontrolle der Örtlichkeit sollte schon durch einen Straßenbegeher stattgefunden haben, merkte Herr **Fuhrmann** an und fragte nach dem Stand der Begehung.

Herr **Breuer** entgegnete, dass der Straßenbegeher die Örtlichkeit kontrolliert hat und eine Meldung an Straßen-NRW weitergegeben hat. Herr Breuer wird sich danach erkundigen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Kasperidus** schloss die Sitzung um 20:10 Uhr.

gez. Kasperidus
Vorsitzender

gez. Schulze
Schriftführerin